



› VKU NORD – NEWSLETTER II/2022

Liebe Mitglieder der Landesgruppe Nord,
 sehr geehrte Damen und Herren,

Ihre VKU-Landesgruppe Nord informiert Sie quartalsweise über die wichtigsten regionalen Themen aus der Energie-, Wasser-, Telekommunikations- und Abfallwirtschaft in Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Hamburg.

› INHALT

› Zur Verbandsarbeit im Norden -----	2
<i>Schwarz-grüne Regierung in Schleswig-Holstein: Bewertung des Koalitionsvertrages aus Sicht der Kommunalwirtschaft</i> -----	2
<i>Aktuelle Krisenlage – Einbindungen des VKU Nord auf Länderebene</i> -----	3
<i>Begleitung der Krisenkommunikation durch den VKU Arbeitskreis</i> -----	4
<i>Sondersitzung zum Szenario einer drohenden Gasmangellage</i> -----	4
<i>Im Gespräch mit Klima- und Umweltminister Dr. Till Backhaus</i> -----	5
<i>Auftakt zur Klimaschutzgesetzgebung in MV</i> -----	6
<i>VKU Landesgruppe Nord auf der IEA in Dänemark</i> -----	7
<i>Innovationstreiber Wasserstoff</i> -----	9
<i>VKU Nord als Assoziierter Partner im Projekt „Westküste 100“</i> -----	10
<i>Agile Arbeitswelten post Corona</i> -----	10
<i>Arbeitskreis Wasser/Abwasser</i> -----	12
<i>Netzwerktreffen „Notfallvorsorge in der Wasserversorgung, Szenario Stromausfall“</i> -----	12
<i>„Küstenländer Kompakt“ – Erfolgreicher Start des neuen Formats</i> -----	13
<i>VKU Nord auf der IFAT 2022</i> -----	14
› Stellungnahmen -----	15
› Save-the-Date -----	16

ZUR VERBANDSARBEIT IM NORDEN

Schwarz-grüne Regierung in Schleswig-Holstein: Bewertung des Koalitionsvertrages aus Sicht der Kommunalwirtschaft

Am Mittwoch, den 22. Juni haben die Koalitionäre aus CDU und Bündnis 90/Die Grünen nach rund vier Wochen Verhandlungen ihren [Koalitionsvertrag "Ideen verbinden - Chancen nutzen Schleswig-Holstein gestalten"](#) vorgestellt.



Der Koalitionsvertrag wurde bereits am 27. Juni in Neumünster auf den Sonderparteitagen von den Parteigremien bestätigt. Seitdem regiert die schwarz-grüne Koalition in Schleswig-Holstein unter Ministerpräsident Daniel Günther. Vereidigt wurden er und sein neues Kabinett am 29. Juni. Die CDU stellte außer dem Ministerpräsidenten und dem Staatskanzleichef fünf Ministerinnen und Minister. Neu sind der frühere Rostocker Oberbürgermeister Claus Ruhe Madsen als Wirtschaftsminister, der ehemalige Landesbauernpräsident Werner Schwarz als Landwirtschaftsminister und die Juristin Kerstin von der Decken, die für Justiz und Gesundheit zuständig wird. Karin Prien bleibt Bildungsministerin und Sabine Sütterlin-Waack Innenministerin. Für die Grünen macht Monika Heinold als Finanzministerin weiter. Aminata Touré übernimmt das Sozialressort. Der bisherige Staatssekretär Tobias Goldschmidt wird Umwelt- und Energieminister.

Als Geschäftsstelle des VKU Nord haben wir die Koalitionsverhandlungen eng begleitet und nach einer ersten Pressemitteilung am Folgetag der Wahl vier thematische Whitepaper mit unseren Kernforderungen in den Bereichen Wärmewende, Startprämie, Wasserstoff und Abfallwirtschaft erfolgreich in die Koalitionsverhandlungen eingespeist. Mit der Veröffentlichung des Koalitionsvertrages hat die Geschäftsstelle diesen analysiert und aus Sicht der Kommunalwirtschaft bewertet.

Die Belange der Kommunalwirtschaft wurden in vielfacher Hinsicht anerkannt und viele unserer Forderungen aufgenommen. Daher begrüßen wir den Koalitionsvertrag grundsätzlich und befürworten die allgemeine Ausrichtung der neuen Landesregierung. In einigen Bereichen sehen wir jedoch deutlichen Verbesserungsbedarf. Hier werden wir als Geschäftsstelle weiter tätig bleiben und uns für Sie und Ihre Interessen stark machen. In der kommenden

Legislaturperiode 2022 bis 2027 setzen wir uns zudem für die Umsetzung der im Koalitionsvertrag aufgenommenen Forderungen ein und werden die entsprechenden Verfahren im notwendigen Umfang begleiten.

Unter folgendem Link finden Sie die [inhaltliche Auswertung des Koalitionsvertrages im Abgleich mit den Positionen der Kommunalwirtschaft zum Download](#) sowie eine Zusammenfassung der Ressorts im mitgliedergeschützten Bereich unserer Website.

Aktuelle Krisenlage – Einbindungen des VKU Nord auf Länderebene

Aufgrund der weiterhin bestehenden Coronasituation verbunden mit den aktuellen Herausforderungen hinsichtlich der Auswirkungen des Ukraine-Krieges möchten wir über die Einbindungen in die etablierten Krisenstrukturen auf Länderebene in Mecklenburg-Vorpommern und in Schleswig-Holstein sowie die aktuellen Aktivitäten des VKU Nord informieren.

Als Landesgruppe verbinden wir diese Darstellung weiterhin mit der ausdrücklichen Bitte, uns als Geschäftsstelle mit Ihren Anregungen, Hinweisen und Fragen auch weiterhin so aktiv zu unterstützen, damit wir die Anliegen der Kommunalwirtschaft in den folgenden Netzwerken gezielt einbringen und vertreten können:

Mecklenburg-Vorpommern:

- regelmäßige persönliche Gespräche und Austausch auf Ebene des Wirtschafts- und Innenministeriums, der Staatskanzlei sowie dem Vertreter der Ostländer im Krisenstab der BNetzA/BMWK zur aktuellen Gaskrise
 - o Themen u.a. Lagebriefing, Schutzschirm für Stadttwerke, Liquiditätssicherung etc.
 - o Anschreiben auf Ebene der Ministerpräsidentin, der Minister und Staatssekretäre
- Abstimmung und gemeinsame Positionierung mit den kommunalen Spitzenverbänden
- seit 12/2021 aktives Mitglied im Krisenstab zur Bewältigung der besonderen Gefahrenlage Covid-19 und der Ukraine-Krise auf Ebene des Innenministeriums
 - o Erstellung und Aktualisierung regelmäßiger Lageberichte / Einbindung ins zweiwöchentliche Monitoringsystem im Bereich Energie und Wasser/Abwasser/Abfall
 - o regelmäßige Abfragen bei KRITIS-Unternehmen zur Lageberichterstattung
 - o zunehmende Diskussionen um Fragen der Versorgungssicherheit sowie Flüchtlingsverteilung
- seit 01/2022 aktives Mitglied im Arbeitsstab I „Energie, Wasser, Abfall“ des Wirtschaftsministeriums MV
 - o zunehmend werden hier Fragen der Versorgungssicherheit sowie der aktuellen Gaskrise vor dem aktuellen Hintergrund der Auswirkungen des Ukrainekrieges diskutiert
 - o aktives Monitoring zur Versorgungslage sowie Coronamanagement
 - o Bericht des Arbeitsstabes als ständiger Punkt auf der Agenda des Krisenstabes
- Austauschformat mit der für Bevölkerungs- und Katastrophenschutz zuständigen Abteilung des Innenministeriums MV

- u.a. Beteiligung und Steuerung einer Umfrage zu Installateurskapazitäten für den Fall der Wiederinbetriebnahme gasbefeuertter Heizungen im Falle einer Mangellage

Schleswig-Holstein:

- regelmäßige persönliche Gespräche und Austauschformate auf Ebene des MEKUN SH sowie der Staatskanzlei zur aktuellen Gaskrise
 - Themen u.a. Lagebriefing, Schutzschirm für Stadtwerke, Liquiditätssicherung etc.
 - Anschreiben auf Ebene der Ministerpräsidentin, der Minister und Staatssekretäre
- Abstimmung und gemeinsame Positionierung mit den kommunalen Spitzenverbänden, der Investitionsbank SH sowie Fachverbänden
- seit 03/2022 aktive Beteiligung am Monitoring zur Coronalage des Innenministeriums SH
 - Beurteilung der Funktionsfähigkeit der Wasserversorgung im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie
 - wöchentliche Meldung an das Innenministerium zur Einschätzung der personellen Situation in den Infrastrukturanlagen

Begleitung der Krisenkommunikation durch den VKU Arbeitskreis

Angesichts des Angriffskrieges auf die Ukraine erleben die kommunalen Ver- und Entsorger momentan grundlegende Auswirkungen auf ihre Arbeit. Zudem stehen Stadtwerke und öffentliche Versorger zunehmend im Blickfeld der Öffentlichkeit und der Medien.

In bisher sechs Adhoc-Sitzungen des Arbeitskreises Kommunikation des VKU Nord seit Beginn des Angriffskrieges auf die Ukraine haben sich die Arbeitskreismitglieder aus den Kommunikations- und Presseabteilungen dazu ausgetauscht, wie in der jetzigen Situation mit Kunden-, oder Presseanfragen zu Energiepreisen, russischen Gaslieferungen oder der Cybersicherheit des Wasserversorgers vor Ort umzugehen ist. Dabei wurden verschiedene Vorlagen und Muster für die Unternehmenskommunikation erarbeitet, u.a. ein Kommunikationsleitfaden, der entlang der Eskalationsstufen im Notfallplan Gas ausgerichtet ist. Die Sitzungen zum Austausch über die Auswirkungen des Ukraine-Krieges mit Blick auf die eigene Kommunikation werden weiter im Zwei-Wochentakt verstetigt. Bei Interesse an einer Teilnahme schreiben Sie eine kurze Nachricht an Ihre Geschäftsstelle des VKU Nord. Des Weiteren stehen Ihnen unter <https://www.vku.de/konflikt-in-der-ukraine-und-folgen-fuer-die-kommunalwirtschaft/> weitere Dokumente zur Verfügung, darunter ein FAQ zur Gasmangellage.

Sondersitzung zum Szenario einer drohenden Gasmangellage

Angesichts der derzeitigen Herausforderungen für die Energiewirtschaft rund um eine drohende Gasmangellage und den Auswirkungen des Ukrainekrieges auf die Energiemärkte stellen sich aus Sicht der kommunalen Versorger viele existenzielle Fragen.

In einer digitalen Sondersitzung der Arbeitsgemeinschaft der Strom- und Gasbezieher der VKU Landesgruppe Nord tauschten sich am 20. April 2022 über 50 Teilnehmer:innen von Mitgliedsunternehmen aus dem Norden unter der Überschrift „Drohende Gasmangellage und Gaspreise“ zur derzeitigen Situation, Handlungsoptionen und einer rechtlichen Beurteilung vom Vorgehen bis hin zu Haftungsfragen aus.

Gemeinsam mit Experten der enwima GmbH sowie Gersemann Rechtsanwälte aus Freiburg ging es im Schwerpunkt um die Abgrenzung der Aufgaben von Netzbetrieb und Vertrieb im Fall einer Gasmangellage sowie um den Notfallplan Gas, Abschaltreihenfolgen und Systemverantwortungen. Weiterhin diskutierten die Referenten Haftungsfragen und wagten gemeinsam mit den Teilnehmer:innen einen Ausblick auf die künftigen Preisentwicklungen auf den Energiemärkten.

Im Nachgang der Sitzung erarbeitete die Geschäftsstelle des VKU Nord auf Grundlage der Diskussionen einen gemeinsamen Fragenkatalog zu den wesentlichen Kernpunkten und bat die Experten um schriftliche Beantwortung. Den Katalog im FAQ-Format stellen wir zeitnah allen VKU-Mitgliedern der Landesgruppe zur Verfügung.

Im Gespräch mit Klima- und Umweltminister Dr. Till Backhaus

Am 2. Juni war der VKU Nord, vertreten durch Michaela Link, Geschäftsführerin Nordwasser GmbH und Moritz Schibalski, Geschäftsführer LG Nord zum Austausch mit dem Minister für Klimaschutz, Landwirtschaft, ländliche Räume und Umwelt in Mecklenburg-Vorpommern geladen.

Im Fokus des Gesprächs standen auch hier die Themen Versorgungssicherheit sowie die gemeinsame Stärkung der Resilienz der Infrastrukturen. Vor dem Eindruck der aktuellen Ereignisse wurde auch die Versorgungssicherheit in der Wasser- und Abwasserwirtschaft thematisiert. Hierbei spielten vor allem die Themenbereiche Cybersicherheit, Beschaffungsengpässe und Energiesicherheit eine Rolle. Sensibilisiert wurde vor diesem Hintergrund insbesondere für die Herausforderungen zur Erfüllung der Auflagen der aktuellen Novellierung der Trinkwassernotversorgung. Hier wurde seitens des VKU auf die Finanzierung und die als unzureichend einzustufende Unterstützung durch den Bund in Höhe von 10 Mio. Euro hingewiesen.

Die Novellierung des Landeswassergesetzes MV (Zeitplan: Entwurf bis Ende des Jahres 2022; im Anschluss Beteiligungsverfahren; Beschluss 2023) und die Neufassung der Landesdüngeverordnung (Verweis auf aktuelles Klageverfahren) wurden vom Minister als wichtigste Instrumente zur langfristigen Sicherstellung der Reinhaltung der Trinkwasserressourcen angesehen. Hier verständigte man sich auf eine breite Unterstützung und Kooperation der Unternehmen, der Verbände sowie der Landesregierung. Im Gesprächsverlauf ging es u.a. um die Kooperation Trinkwasserschutz, die Aufnahme des VKU in die Allianz für sauberes Wasser, die Flächenausweisungen nitratbelasteter Gebiete sowie um die erforderliche Anpassung der Grundwasserverordnung. Der Minister warb aktiv um die Unterstützung der VKU-Versorger bei der Ausweitung des Messstellennetzes.

Vor dem Hintergrund der erforderlichen Investitionsbedarfe im Infrastrukturbereich bestand Einvernehmen hinsichtlich der steigenden Anforderungen durch die Zunahme von Extremwetterereignissen (Starkregen, Dürren, Hochwasser). Die Ertüchtigung und der Ausbau der Infrastrukturen bspw. zur Aufnahme von Niederschlagswasser sei zwingend und die Investitionsbedarfe seien hoch. In diesem Zusammenhang wurde über Subventionen sowie die Umlagefähigkeit/Gebührenfähigkeit gesprochen. Es wurde dargelegt, dass die Klimafolgenanpassung sowie die Sanierungs-/Modernisierungsbedarfe der Wasser- und Abwasserinfrastrukturen erheblich seien. Insbesondere im ländlichen Raum stellt dies die Ver- und Entsorger zunehmend vor erhebliche Probleme. Eine Unterstützung der Unternehmen auf Ebene des Landes wurde als erforderlich angesehen, um die Daseinsvorsorge langfristig aufrechterhalten zu können.

Als Lösungsvorschlag für eine künftige Finanzierung der Infrastrukturen wurde der durch den VKU und die kommunalen Spitzenverbände entwickelte Vorschlag der „Startprämie“ diskutiert. Hierbei wurde die Idee einer interkommunalen Zusammenarbeit auf Augenhöhe durch die gezielte Unterstützung des Bundes und der Länder als Kooperationsmodell zur Bewältigung künftiger Herausforderungen in den Mittelpunkt gestellt. Der Minister zeigte sich offen und hält den Lösungsvorschlag für einen guten Ansatz.

Neben der Novellierung der Wasserrahmenrichtlinie wird die Konzeption eines Klimaschutzgesetzes für das Land MV (Zeitplan: Beteiligungsverfahren ab 06/2022; Entwurf bis Ende des Jahres 2022; Beschluss 2023) als wichtigstes Gesetzesvorhaben der laufenden Legislaturperiode im Zuständigkeitsbereich des Ministers gesehen. Eine Auftaktveranstaltung zur Eröffnung eines breiten Beteiligungsverfahrens fand am 25. Juni 2022 im Landeszentrum für Erneuerbare Energien in Neustrelitz statt. Seitens des VKU Nord wurde hier eine enge Einbindung der Ver- und Entsorger angeboten. Insbesondere im Bereich der kommunalen Wärmeleitplanung, der Nutzung und bilanziellen Anrechenbarkeit von Wasserstoff im Wärmesektor sowie der E-Mobilität werden hohe Abstimmungsbedarfe mit der Kommunalwirtschaft gesehen. Die Klimaschutzförderrichtlinie wird als wichtiges Instrument zur Förderung von Energie- und Klimaschutzvorhaben angesehen. Auf Anregung des VKU soll die Durchführung eines gemeinsamen Workshops zu den Rahmenbedingungen und Fördermodalitäten geprüft werden. Beim Ausbau der Erneuerbaren Energien bestand Einigkeit bei der Erhöhung des Ausbautempos. Ziel sei die Klimaneutralität des Landes über alle Sektoren bereits bis 2030. Hierzu wurden Flächenbereitstellung, die Beschleunigung von Genehmigungsverfahren, Nutzungskonkurrenzen und die Standardisierung von Artenschutzbelangen thematisiert.

Auftakt zur Klimaschutzgesetzgebung in MV

Während sich elf Bundesländer bereits eigene gesetzliche Rahmen für die Bereiche Klimaschutz und Energiewende auf Landesebene gegeben haben, ist ein solches Gesetz für das Land Mecklenburg-Vorpommern bisher nur Teil der Koalitionsvereinbarungen und die Umsetzung für das Jahr 2023 geplant.

Das Land Mecklenburg-Vorpommern plant die Klimaschutzgesetzgebung mit einer breiten Bürgerbeteiligung zu begleiten. Die Auftaktveranstaltung zu diesem Beteiligungsprozess fand am 25. Juni im Leea Neustrelitz statt. Für den VKU Nord war der Geschäftsführer der

Landesgruppe, Moritz Schibalski vertreten und beteiligte sich im Sinne der Kommunalwirtschaft aktiv an den Diskussionen in den Bereichen Wärmeplanung, Trinkwasserschutz sowie Raumordnung und Flächennutzung. Die Ergebnisse des Beteiligungsprozesses fließen in die Ausrichtung und Schwerpunktlegung in der Erarbeitung des Gesetzentwurfes ein. Im Hintergrund führen wir als VKU Nord Gespräche mit den zuständigen Fachabteilungen der Landesregierung. Der Entwurf des Gesetzes ist bis Ende des Jahres zu erwarten. Dem Landtag wird das Gesetz voraussichtlich noch im ersten Halbjahr 2023 vorgelegt werden. Die vorgeschalteten Verbändeanhörungen sind für uns ein weitere Möglichkeit, aktiv die Interessen der Kommunalwirtschaft einzubringen.

VKU Landesgruppe Nord auf der IEA in Dänemark

Unter der Leitidee „The greenest energy is the energy you don’t use“ fand vom 07. bis zum 09. Juni die 7. Annual Global Conference on Energy Efficiency der Internationalen Energieagentur (IEA) in Sonderborg in Dänemark statt. Die VKU Landesgruppe Nord hatte die Möglichkeit an der internationalen Konferenz teilzunehmen. Neben dem Landesgruppenvorsitzenden Christian Heine, Hamburger Energiewerke vertrat Ronja von der Heydt, Referentin für Energiewirtschaft die Landesgruppe. Simon Faber von der Region Syddanmark hatte die Landesgruppe eingeladen und für eine Podiumsdiskussion des Energy Efficiency Solution Summit am Rande der Konferenz gewonnen.



Während der IEA tauschten sich Expert:innen aus der ganzen Welt zu Energieeffizienz aus und berichteten über Projekte, Forschung und politische Aktivitäten. Eröffnet wurde die Konferenz neben Fatih Birol, Executive Director der IEA unter anderem von Dan Jorgensen, Minister für Klima, Energie und Versorgungsunternehmen in Dänemark und Kim Fausing, Chief Executive Officer bei Danfoss. Gleich zu Beginn sprach auch der Ukrainische Energieminister German Galushchenko in einer Videoschleife über die Entwicklungen in seinem Land. Eine Einschätzung aus Sicht der Vereinten Nationen gab Amina Mohammed, Deputy Secretary General United Nations. Das ganztägige Programm sah einige Vorträge sowie verschiedene Workshops mit unterschiedlichen Themenschwerpunkten, wie Finanzen,

Technologieentwicklung, Digitalisierung und Regulierung, vor. Bei einem abschließenden Dinner hatten alle Teilnehmer:innen die Möglichkeit zum Netzwerken.



Am 9. Juni richtete der Verband der dänischen Industrie e.V. den Energy Efficiency Solution Summit aus. Hier diskutierte Landesgruppenvorsitzender Christian Heine nach einer Eröffnung mit Jürgen Fischer, President Danfoss Climate Solutions, Monica Frassoni, President European Alliance to Save Energy, Patty Monahan, Comissioner California Energy Commission und Niels Fuglsang, Member of the European Parliament, Rapporteur on the Energy Efficiency Directive. Als Geschäftsführer der Energiewerke Hamburg stellte er die Vorteile von Public-Private Partnerships bei der Dekarbonisierung und zur Umsetzung von Energieeffizienzprojekten dar. Zudem ging er auf die Wasserstoffprojekte in Hamburg ein und forderte in Richtung des Europaabgeordneten Niels Fuglsang die aktuellen Gesetzesentwürfe bezüglich der Regulierung von Wasserstoffinfrastruktur zu überdenken.

Die Begleitung der Konferenz sowie die aktive Teilnahme an den Randveranstaltungen hat das Netzwerk der Landesgruppe deutlich erweitert. Der Blick über die nördliche Grenze nach Dänemark zeigte spannende Projektideen auf. Eine weitere Vernetzung beispielsweise über die Dänischen Fernwärme Allianz ist bereits in Planung.

Innovationstreiber Wasserstoff

Für die vierte Sitzung des Arbeitskreises Wasserstoff lud der VKU Nord am 21. April nach Heide ein. Über 20 Teilnehmer:innen tauschten sich in der hybriden Sitzung zu kommunalen Wasserstoffprojekten in Heide und Stralsund aus. Neben dem Gastgeber Stefan Vergo, Geschäftsführer Stadtwerke Heide begrüßte auch Andreas Hein, MdL und Aufsichtsratsvorsitzender der Stadtwerke Heide die Teilnehmer:innen.



v.l.: Jochen Springer (HiiCCE GmbH), Andreas Hein (MdL), Ronja von der Heydt (Referentin VKU Nord), Stefan Vergo (Geschäftsführer Stadtwerke Heide), Moritz Schibalski (Geschäftsführer VKU Nord), Rainer Hesse (Entwicklungsagentur Region Heide)

Moritz Schibalski, Geschäftsführer VKU Nord eröffnete die Sitzung und stellte zusammen mit Ronja von der Heydt, Referentin VKU Nord die Positionierung der Landesgruppe zur Landtagswahl in Schleswig-Holstein vor. Dabei spielte Wasserstoff als Innovationstreiber vor Ort eine zentrale Rolle. Gleichzeitig wurde im Verlauf der Diskussionen an verschiedenen Stellen deutlich, dass die aktuellen energiewirtschaftlichen Vorgaben als größter Hemmschuh für das Anlaufen verschiedenster Projektideen im Norden gesehen werden. Welche konkreten Handlungsvorschläge die Kommunalwirtschaft macht, um die Herausforderungen in Schleswig-Holstein für die Legislaturperiode 2022 bis 2027 zukunftsgerecht und smart anzugehen, finden Sie unter: <https://ltw2022.vku-schleswig-holstein.de/>.

Nach kurzer Einführung stellten Andreas Hein als Aufsichtsratsvorsitzender der Stadtwerke Heide, Rainer Hesse, Entwicklungsagentur Region Heide und Stefan Vergo das Projekt Reallabor WESTKÜSTE100 vor. Dazu gehöre die Umsetzung einer ganzen Wertstoffkette von der Wasserstoffproduktion aus Erneuerbaren Energien, dessen Transport sowie Speicherung in einer Salzkaverne bis hin zur Nutzung von grünem Wasserstoff im Industriemaßstab. Neben der Raffinerie ist auch die örtliche Zementproduktion aktiver Partner einer übergreifenden Idee zur Dekarbonisierung und dem Aufbau einer wasserstoffbasierten nachhaltigen Kreislaufwirtschaft am Standort in Heide. In einem weiteren Teilprojekt beteiligen sich die Stadtwerke Heide aktiv an der Erforschung der Wasserstoffeinspeisung in das lokale Erdgasnetz und leisten so ihren praktischen Beitrag bei der Frage einer künftigen Transformation der Gasnetzinfrastrukturen.

Im zweiten Teil der Sitzung wurde das Wasserstoffprojekt Andershof in Stralsund von Ralf Bernhardt, Geschäftsführer der SWS Energie, Dr. Uwe Borchert, Projektingenieur für Energietechnik und Digitalisierung SWS Energie und Lukas Franzen, Werkstudent SWS Energie vorgestellt. Hier, so die Projektidee, soll ein Wohngebiet durch die Abwärme eines Elektrolyseurs künftig klimaneutral mit Wärme versorgt werden. Der Wasserstoff selbst wird über eine Tankstelle als Treibstoff für Busse des ÖPNV im Umland genutzt. Der anfallende Sauerstoff wird bei der Trinkwasseraufbereitung Verwendung finden. Das Besondere an diesem Projekt: Der grüne Strom für den Elektrolyseur soll aus mehreren WK- und PV-Anlagen in räumlicher Nähe zum Wohngebiet erzeugt und direkt genutzt werden.

In einer abschließenden Diskussion wurde von den Teilnehmer:innen vor allem herausgestellt, dass es bislang noch an gesetzlichen Regelungen und Bekenntnissen für eine nachhaltige Energiewirtschaft fehlt, was den Aufbau einer regionalen und grünen Wasserstoffwirtschaft im Norden hemmt. Darunter beispielsweise die Erneuerbare-Energien-Richtlinie RED II der EU, die Vorgaben zur Produktion von grünem Wasserstoff enthält. Weiterhin wurde bei den Projekten auf die frühe Kommunikation und Partizipation mit Bürger:innen und Politik vor Ort als Schlüssel für die regionale Akzeptanz der Projekte hingewiesen.

VKU Nord als Assoziierter Partner im Projekt „Westküste 100“

Als VKU Landesgruppe Nord wurden wir vom Verbundvorhaben Reallabor WESTKÜSTE100 und seinen assoziierten Partnern eingeladen, uns als Partner aktiv am Netzwerk und den Gremien zu beteiligen.

Das Angebot der Assoziierten Partnerschaft und die damit einhergehende Aufnahme in die Gremienstrukturen nehmen wir gerne wahr. Die Geschäftsstelle des VKU Nord, vertreten durch den Geschäftsführer, wird diese Aufgabe künftig wahrnehmen. Weitere Projektpartner sind u.a. die Stadtwerke Heide GmbH, die Entwicklungsagentur Region Heide AöRb sowie die Fachhochschule Westküste.

Agile Arbeitswelten post Corona

Während der letzten zwei Jahre haben Mitarbeitende viele Erfahrungen mit Home-Office und mobilem Arbeiten gesammelt. Diese Erfahrungen haben Auswirkungen auf die gesamte

Arbeitswelt – so wollen viele Unternehmen die Veränderungen in ein agiles Arbeiten von morgen überführen und auch post-Corona weiterentwickeln. Hierzu ist ein grundsätzlicher Wandel der Unternehmens- und Führungskultur notwendig. Was braucht es dazu und wo liegen die Grenzen? Zu diesen Fragen tauschen sich insgesamt 20 Teilnehmer:innen in der siebten Sitzung des Arbeitskreises Personal der LG Nord und Niedersachsen/ Bremen am 15. Juni aus.



In seiner Begrüßung hieß Dr. Reinhold Kassing, Geschäftsführer der VKU Landesgruppe Niedersachsen/Bremen, Xenia Rupp, Rechtsanwältin bei Ernst & Young Law GmbH, willkommen, die das Thema „Neue Arbeitswelt – Flexibles Arbeiten und was Arbeitnehmer und Arbeitgeber dabei zu beachten haben“ in den Mittelpunkt ihres Vortrages stellte. Unter der Prämisse, dass der klassische 9-to-5-Job in der modernen Arbeitswelt zunehmend an Bedeutung verliert, beleuchtete sie die Chancen und Risiken, die mit der Flexibilisierung von Arbeitszeit und Arbeitsort verbunden sein können. Sie erläuterte die in diesem Zusammenhang einschlägigen rechtlichen Grundlagen und machte auf die damit verbundenen Herausforderungen aufmerksam.

In der zweiten Hälfte der Sitzung stellte Ronja von der Heydt, Referentin in der Landesgruppe Nord, die Ergebnisse einer aktuellen, repräsentativen Bitkom-Studie zu agilem Arbeiten dar. So wollen die Hälfte der Erwerbstätigen in Deutschland auch weiterhin mobiles Arbeiten bzw. Home-Office nutzen. Im Anschluss stellten Nina Fischer, Leitung Personal und Recht Stadtwerke Georgsmarienhütte GmbH und Sabine Daetz, Personal/ Soziales Neubrandenburger Stadtwerke GmbH für ihre jeweiligen Unternehmen dar, wie sie künftig den Umgang mit mobilem Arbeiten gestalten wollen.

Arbeitskreis Wasser/Abwasser

Am 27. Juni war der Arbeitskreis Wasser/Abwasser/Klärschlamm des VKU Nord zu Gast bei der Nordwasser GmbH in Rostock. Begleitet von einer Führung über die größte Kläranlage des Landes Mecklenburg-Vorpommerns standen Themen der Trinkwassernotversorgung und der künftigen Ausrichtung zur Klimafolgenanpassung im Fokus des Netzwerktreffens.



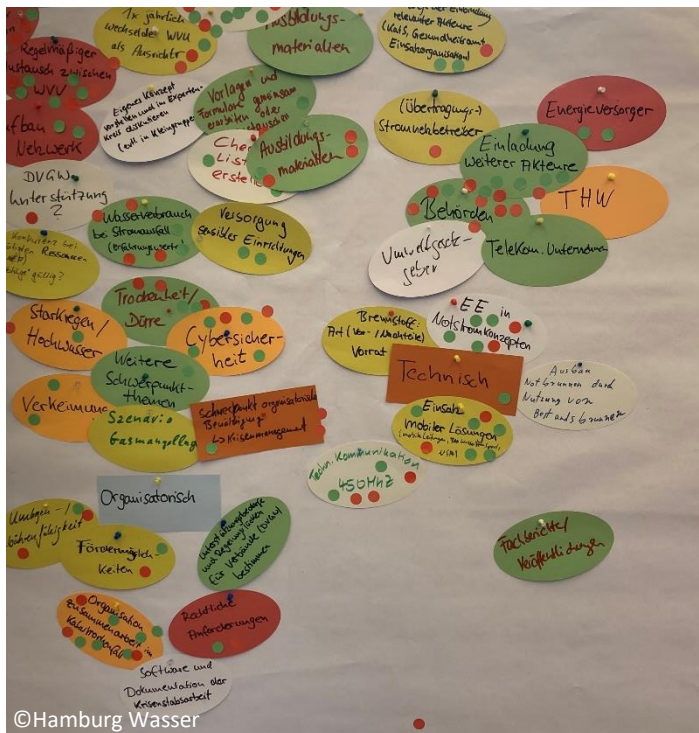
Als Referentin berichtete u.a. Frau Katrin Pröhl als Vertreterin des zuständigen Landesumweltministeriums MV über die Neukonzeption der Trinkwasser-Notversorgung. Hierbei wurde der Schwerpunkt auf die Umsetzung und Finanzierbarkeit der Planungen gelegt.

Weiterhin tauschte man sich eingeleitet durch Impulsvorträge von Fachleuten über die Themen Coronaviren im Abwasser, das SARS-CoV-2-Monitoring sowie Konzepte zum Umgang mit Niederschlagswasser und Planungen auf dem Weg zur Schwammstadt aus.

Die nächste Arbeitskreissitzung ist für den 19. September geplant.

Netzwerktreffen „Notfallvorsorge in der Wasserversorgung, Szenario Stromausfall“

Am 13. und 14. Juli beteiligte sich der VKU Nord am Netzwerktreffen der norddeutschen Wasserversorger mit dem Schwerpunkt „Notfallvorsorge in der Wasserversorgung, Szenario Stromausfall“.



Zielgruppe der Veranstaltung waren Wasserversorgungsunternehmen aus dem gesamten norddeutschen Raum. Thematisch lagen die Schwerpunkte bei der Ersatz- und Notwasserversorgung von Versorgungsunternehmen aus dem Wasserver- und Abwasserentsorgungsbereich sowie den Themen Inselbetriebsfähigkeit, Notstromversorgung und Nutzung erneuerbarer Energien im Bereich der Notversorgung.

Eingeführt in die Veranstaltung hat Fr. Dr. Ina Wienand vom Bundesamt für Bevölkerung- und Katastrophenschutz (BBK). Sie stellte die Neukonzeption der Trinkwasser-

Notversorgung vor und skizzierte die Förderrahmenbedingungen auf Bundesbene. Zudem gab Sie einen Einblick in die Arbeit des BBK während der Ahrtal-Katastrophe. Anschließend haben verschiedene Teilnehmende die Notfallszenarien und Vorbereitungen aus Unternehmenssicht in ihren Bereichen vorgestellt.

Ziel war die Etablierung eines Netzwerkes zum Ausbau der eigene Krisenresilienz. Im Nachgang der Veranstaltung haben sich alle Teilnehmenden auf die Verstetigung des Formats verständigt. Als VKU Nord begleiten wir den Prozess weiterhin und werden uns aktiv einbringen.

„Küstenländer Kompakt“ – Erfolgreicher Start des neuen Formats

Am 19. Mai fand die Auftaktveranstaltung des neuen Digitalformats "Küstenländer kompakt", einer Kooperation der VKU Landesgruppen im Norden, statt.

Nach einem Bericht über den Start des Pilotprojektes im Abfallbereich und der Vorstellung der neuen Referent:innen folgte ein offener Austausch, in welchem die Mitglieder aktuelle Themen, Probleme sowie Ihre Erwartungen an die neue VKU-Landesgruppenstruktur äußerten. Im Bereich der Deponierung freigesetzter Abfälle aus dem Rückbau von Kernkraftwerken wurde von Problemen im Umgang mit der Öffentlichkeit und Proteste z.B. in Form von Bürgerinitiativen berichtet. Die Mitglieder wünschen sich hier eine tiefere fachliche Positionierung des VKU. Weiteres Thema waren alternative Antriebe. Durch das „Saubere-Fahrzeuge-Beschaffungs-Gesetz“ vom 9. Juni 2021 stehen die Mitgliedsunternehmen vor der Herausforderung, Fahrzeuge mit alternativen Antrieben beschaffen zu müssen, welche sowohl schwer erhältlich als auch mit hohen Anschaffungskosten verbunden sind. Im Bereich Klimabilanzierung berichten die Teilnehmer:innen, dass dieses Thema zunehmend mehr Raum in der Auseinandersetzung und den betrieblichen Abläufen einnehme. Es wurde deutlich, dass seitens der Mitglieder ein VKU-Leitfaden zur Berechnung von Klimabilanzen mit

standardisierten Berechnungsmethoden gefordert wird. Zum Wertstoffgesetz wurde berichtet, dass die Mitglieder um Hintergrundinformationen bzgl. eines neuen Wertstoffgesetzes bitten. Bereits im Oktober 2021 hat sich die VKU-Hauptgeschäftsstelle dahingehend positioniert, dass der Verband einem Versuch, eine bundesweite Wertstofftonne in kommunaler Verantwortung einzuführen, offen gegenübersteht (vgl. EUWID 41/2021). Wir werden aktuelle Informationen zum derzeitigen Stand einholen und zu gegebener Zeit informieren.

Das Referent:innen-Team hat direkt nach der Veranstaltung begonnen, an den ersten Themen zu arbeiten und mit Informationen zu unterstützen. Der nächste Termin des Formats „Küstenländer kompakt“ ist am 29. August 2022 von 11:00 – 12:00 Uhr in digitaler Form geplant.

VKU Nord auf der IFAT 2022

Der Verband kommunaler Unternehmen und viele der Mitgliedsunternehmen waren in diesem Jahr wieder auf der IFAT in München zu Gast. Mit dabei war auch die Landesgruppe Nord.



©VKU, v.l.: Antje Retzlaff, VKU Landesgruppe Niedersachsen/Bremen, Sascha Plietz, VKU Landesgruppe Nord

Die IFAT gilt als Weltleitmesse der Abfall-, Wasser- und Abwasserwirtschaft. In diesem Jahr fand Sie vom 30. Mai bis 3. Juni 2022 in München statt. Die Messe bot unserem neuen Kollegen Sascha Plietzsch, Referent für Wasser-/Abwasserwirtschaft sowie Abfallwirtschaft und seiner Kollegin Antje Retzlaff aus der Landesgruppe Niedersachsen/Bremen die Möglichkeit, Innovation hautnah zu erleben und zu netzwerken.

Im Kern des VKU-Messeauftritts standen Lösungen für aktuelle Herausforderungen der Abfall-, Wasser- und Abwasserwirtschaft. Dabei ging es insbesondere darum, wie mithilfe von

technischer Weiterentwicklung klimarobuste und langfristige Strukturen aufgebaut und erhalten werden können.

Zentrales Thema aller Diskussionen und Vorträge war der Klimaschutz. Dabei betonten die Expert:innen einstimmig, dass die Rolle der Abfallwirtschaft und deren hohe Bedeutung im Kampf gegen den Klimawandel in Politik und Gesellschaft aktuell vergleichsweise wenig im Fokus stehe. So ist zwar die Notwendigkeit der Kreislaufwirtschaft und des schnellstmöglichen Umstiegs auf alternative Antriebe in der öffentlichen Debatte unumstritten, die hohe Klimaschädlichkeit der Deponierung unbehandelter Abfälle, welche in vielen Teilen Europas weiterhin stattfindet, ist allerdings bei vielen Entscheidungsträger:innen nicht ausreichend bewusst. Daneben standen Themen der Wasser- und Abwasserwirtschaft auf der IFAT im Fokus. Auch hier ging es in vielen Foren um die Anpassungen an den Klimawandel. Diskutiert wurde über die Auswirkungen von Starkregenereignissen, Trocken- und Hitzeperioden sowie dem steigenden Meeresspiegel. In einem Panel wurde zudem das Corona-Abwassermonitoring, an dem sich auch Unternehmen unserer Landesgruppe Nord beteiligen, vorgestellt.

STELLUNGNAHMEN

An dieser Stelle informieren wir über die Beteiligungen des VKU Nord an aktuellen Stellungnahmen und Positionspapieren im vergangenen Quartal:

Stellungnahmen:

- VKU-Stellungnahme zum Entwurf Gesetzentwurf der Bundesregierung zu Sofortmaßnahmen für einen beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien und weiteren Maßnahmen im Stromsektor
- Anschreiben der zuständigen Minister/Senatoren auf Landesebene mit VKU-Stellungnahme zur Reform des Energiesicherungsgesetzes am 04. Mai
- Anschreiben der zuständigen Minister/Senatoren auf Landesebene mit VKU-Stellungnahme zum Ersatzkraftwerkebereithaltungsgesetz am 08. und 23. Juni
- Verbändebrief des BDEW und VKU zur Sicherung der Energieversorgung im Falle eines Gaslieferstopps
- VKU-Stellungnahmen zu den energiepolitisch relevanten Richtlinienentwürfen im ersten Teil des „Fit für 55“ – Pakets
- VKU-Positionspapier „Sicherung der Liquidität im Energiehandel, Abschirmung kommunaler Unternehmen“
- Anschreiben der für die Länder HH, SH, und MV gewählten MdEP zum EU-Gaspaket am 12. Juli

SAVE-THE-DATE

An dieser Stelle weist das Team der Landesgruppe Nord Sie auf Termine und Veranstaltungen hin:

- Mitgliederversammlung und VKU Nord Sommertreffen am 25.08.2022 in Neustadt (Holstein)
- Arbeitsbesuch des Vorstandes in Brüssel inklusive Landesgruppenvorstandssitzung (hybrid) am 31.08./01.09.2022
- H2.0-Konferenz des watt 2.0 in Husum am 14.09.2022
- Arbeitskreis Wasser/Abwasser/Klärschlamm am 19.09.2022
- Stadtwerkekongress in Leipzig am 20.-/ 21.09.2022
- AG der Strom und Gasbezieher MV am 27.09.2022
- Regionaltreffen SH am 04.10.2022 im Küstenkraftwerk Kiel
- PowerNet 2022 in Büdelsdorf am 25.10.2022
- Landesgruppenvorstandssitzung am 22.11.2022

Wir informieren Sie gerne weiter wie gewohnt per E-Mail sowie auf der [Webseite Ihrer VKU Landesgruppe Nord](#).

Bei Fragen oder Anregungen steht Ihnen das Team der Landesgruppe Nord gerne zur Verfügung unter +49 385 633-1392 oder unter lg-nord@vku.de.

Mit freundlichen Grüßen



Moritz Schibalski
Geschäftsführer Landesgruppe Nord

Verband kommunaler Unternehmen e.V.
Landesgruppe Nord
Eckdrift 43-45
19061 Schwerin
Tel.: +49 385 633-1392
Mobil: + 49 170 8580093
schibalski@vku.de
www.vku.de/nord

In der Landesgruppe Nord sind 105 kommunale Unternehmen im VKU organisiert. Die VKU-Mitgliedsunternehmen in der Landesgruppe Nord leisten jährlich Investitionen in Höhe von über einer Milliarde Euro, erwirtschaften einen Umsatz von fast 6 Milliarden Euro und sind wichtiger Arbeitgeber für über 18.000 Beschäftigte. Weitere Informationen finden Sie auf der [Homepage der VKU Landesgruppe Nord](#).